REICHSAUSGABE PREIS 10 PF.

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke" erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich zuzüglich Zustellgebühr nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit Anzeigenpreise Redaktion und Verlag: Berlin SW 19, Inselstr. 8a Fernruf: F 7 Jannowitz 5909. Postscheckkonto Berlin Nr 404 60 (Internationale Verlagsanstalt G m b H.).

NUMMER 289 A BERLIN • Freitag, den 6. Januar 1933 2. JAHRGANG

Imperialistische Raubmörder setzen ihre Aktion fort.

AUS DEM INHALT:

Neuer Mord an SA durch SA.
Ausbau des polnischen Faschismus.
Seht, wie der Zug von Millionen!
Vom gerechten Krieg.
USA vor ungewisser Zukunft.
So werden Adler gezähmt.

Marokko-Schande.

Ein Kapitel französischer Kolonialpolitik.

Rbt. Marokko ist keine Kolonie. Es ist ein Staat, der von einem Sultan regiert wird. Dieser wiederum untersteht dem „Schutz" Frankreichs auf Grund eines Vertrages von 1912. In diesem Vertrag wird die religiöse Macht des Sultans vorläufig anerkannt. In Wirklichkeit ist die französische Regierung der einzige Herrscher des Landes; der Sultan ist nur eine Kreatur im Dienste der französischen Imperialisten, die solange auf ihrem Posten bleiben wird, wie es jenen Imperialisten gut dünkt.

Innerhalb der jüngsten zehn Jahre ist in Marokko der Widerstand gegen die koloniale Unterdrückung durch die französischen Herrscher sehr gewachsen. Der Kampf für die Befreiung des Landes wird an verschiedenen Fronten geführt.

Die erste Front liegt in den Bergen des Atlas,

wo die Berber den vorstoßenden französischen Truppen gewaltsamen Widerstand entgegensetzen.

Die zweite Front liegt in den Städten; sie umfaßt vor allem wohlhabende junge Intellektuelle, von denen viele in Frankreich studiert haben. Dort haben sie nicht nur gelernt, was für Einrichtungen die französischen Imperialisten in ihrer Heimat treffen zur Sicherung und Vermehrung ihres Besitzes; sie haben, als sie nach Marokko zurückkehrten, auch etwas mitgebracht von den Ideen der Französischen Revolution, und sie haben diese Ideen sogar ernst genommen,

sie wollen sie verwirklichen in einem freien Marokko.

Aber sind sich diese jungen Menschen nicht völlig einig mit Herriot und seiner Partei, die doch auch von den Ideen der Französischen Revolution schwärmen, von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit? Warum wird in Marokko dieser entschiedene Kampf gegen die französische Herrschaft geführt, warum kann man immer wieder in der französischen Presse lesen (wenn auch nur in unauffälligen kleinen Notizen), daß wieder im Atlasgebirge Kämpfe stattgefunden haben, daß wieder Studenten zu Gefängnisstrafen verurteilt, daß wieder Zeitschriften verboten worden sind?

•

Die Berberstämme, die in den Bergen des Atlas leben, sind zumeist religiöse Mohammedaner, sie sehen es als ihre Aufgabe an, den „heiligen Krieg gegen die Christen" zu führen, der von manchen mohammedanischen Propheten gefordert worden ist. Im großen Marokkokrieg von 1924 rückten jene Stämme in bedrohliche Nähe von Städten wie Fez, wo die französischen Behörden ihren Sitz haben. Sie stellen eine dauernde Gefahr dar für die französischen Großgrundeigentümer, die ihre Güter in der Ebene haben. Sehr oft besitzen sie fruchtbaren Boden im Gebirge. Welche Profite könnten die französischen Herren aus diesem Boden ziehen, wenn er ihnen gehörte! Zumal die Berber nicht einmal bereit sind, den Franzosen Steuern zu zahlen.

Die französischen Imperialisten können daher den Tag nicht erwarten, da ihnen die Unterwerfung der Berber geglückt sein wird, da sie Besitz ergreifen können von den Schätzen, die im Atlasgebirge liegen!

Die Berber wiederum hegen einen tiefen Haß gegen die französischen Truppen, die stets nur zerstören und rauben, was sie, die Berber, sich mit Mühe erarbeitet haben. Darum werden französische Soldaten, wenn sie sich in kleineren Trupps in die Berge wagen, oft überfallen. Ein dauernder Guerillakrieg ist dort im Gange. In den Zeitungen kann man manchmal von Bombenangriffen auf „dissidentische" Dörfer lesen. Das bedeutet, daß die französischen Truppen Rache nehmen an denen, die sich ihrer Herrschaft nicht unterordnen wollen, indem sie ganze Dörfer zerstören.

Daß Herriots Reise nach Spanien nicht nur dem Zweck diente, die Bande der Freundschaft zwischen der alten französischen und der jungen spanischen Republik fester zu schmieden, ist ein offenes Geheimnis. Es wurde viel darüber gesprochen, daß der Besuch in Zusammenhang stand mit den Schwierigkeiten der französischen Truppen in Marokko. In die spanische Kolonie Rio de Oro, die südlich an Marokko grenzt, sind etwa 10.000 Berber geflohen, um sich der Verfolgung durch französische Truppen zu entziehen. Die spanischen Truppen in Rio de Oro sind nicht in der Lage, den Kampf mit den Berbern aufzunehmen. Herriot wollte deshalb offenbar eine gemeinsame Aktion der spanischen und französischen Truppen in die Wege leiten, um so die rebellischen Gebirgsvölker endlich zu unterwerfen. Es ist damit zu rechnen, daß es im Süden Marokkos zu schweren Kämpfen kommen wird. Die Parteien, die dafür die Verantwortung tragen, sind die gleichen, die 1924 durch ihre Stimmen und ihre Regierung den großen Marokkokrieg deckten: die Parteien der französischen Linken!

•

Die Unterdrückung, unter der die jungen Intellektuellen Marokkos, die sich für die Befreiung des Landes einsetzen, zu leiden haben, ist anderer Art. Seine Meinung frei auszusprechen, ist in Marokko fast nur denen erlaubt, deren Meinung mit der der französischen Herrscher übereinstimmt. Verhaftungen und Deportationen derer, die es wagen, eine andere Meinung auszusprechen, sind an der Tagesordnung. Französische Zeitschriften, wie „Monde", die gegen die Unterdrückung Marokkos Stellung nehmen und in Frankreich völlig legal erscheinen, sind in Marokko verboten.

Der Protest der marokkanischen Freiheitsbewegung richtet sich vor allem gegen die Anwendung jenes alten Grundsatzes geschickter Kolonialpolitik: Teile und herrsche! Die französische Regierung geht dabei in Marokko ganz ähnlich vor, wie England in Indien. Die Bevölkerung, die im Atlasgebirge lebt, ist nicht von der gleichen Rasse, wie

---

Gu-n. „Ruhe" herrscht in Schanghaikwang, die grauenhafte Ruhe, die auf das Verröcheln der Ermordeten folgt. Chinesische Verluste (nach chinesischen Berichten): 1700 Tote und Verwundete; Hunderte Frauen und Kinder getötet. Japanische Verluste (nach Meldung des japanischen Hauptquartiers in Tientsin): 8 Tote, 13 Verwundete. Die Japaner haben über Schanghaikwang den Belagerungszustand verhängt und die Ablieferung aller Waffen angeordnet.

Jeder Widerstand gegen die Behörden (lies: Räuber) wird mit dem Tode bestraft.

Die Chinesen haben sich in Richtung nach Tsinwangtau (dem nahen Hafen) zurückgezogen — nach japanischen Meldungen „auf dem Schienenwege"; die von den Japanern den Chinesen in die Schuhe geschobene Brückensprengung, die angeblich unmittelbar bei Schanghaikwang auf eben diesem Schienenwege erfolgt sein sollte, hat also anscheinend keinen riesigen Erfolg gehabt! Ein japanischer Panzerzug ist (ebenfalls über die „gesprengte" Brücke hinweg) ebenfalls in Richtung Tsinwangtau abgegangen — „zum Vorposten- und Sicherungsdienst". Die Chinesen sollen Schützengräben angelegt haben, um dem weiteren Vordringen der Japaner auf Peping Widerstand entgegenzusetzen.

Inzwischen sind elf japanische Kriegsschiffe in Höhe von Schanghaikwang versammelt.

Am Mittwoch haben von der nordöstlichen Grenze der Provinz Jehol her japanische Truppen eine neue Offensive gegen diese Provinz eröffnet, unter Mitwirkung von vierzehn Bombenflugzeugen. (Ueber Moskau weitergegebene Meldung der chinesischen Agentur „Shunun".)

Einen Hinweis auf das Kommende gibt auch eine Maßnahme des japanischen Generalkonsulats in Tientsin: es hat

auf Anweisung des japanischen Außenministeriums sämtliche in Tientsin wohnenden japanischen Staatsangehörigen aufgefordert, „wegen der gespannten politischen Lage in Nordchina" die Stadt innerhalb 72 Stunden zu verlassen und nach Japan abzureisen.

Das Ultimatum läuft am Sonnabend ab. Angesichts des Widerstandes, den die Japaner in Schanghaikwang vorgefunden haben und der gerade nach den neuesten Meldungen recht erheblich gewesen zu sein scheint, rechnen die Räuber in der viel bedeutungsvolleren Stadt Tientsin, dem Zugangshafen zu Peping, wohl mit härteren Kämpfen. Die chinesischen Behörden in Tientsin haben über die Stadt den Kriegszustand verhängt.

Peping ist also von Nordosten (Jehol) und von Südosten (Tientsin) her bedroht.

•

Läßt schon dies die nächsten Absichten erraten, so

zeigen auch die japanischen Forderungen, daß die japanische Regierung eine zu frühe Ablösung der kriegerischen Operationen durch „Verhandlungen" nicht wünschte,

Der Kommandant der japanischen Armee in Schanghaikwang hat von den chinesischen Behörden „zur Beilegung des Konflikts" vorgeschlagen: Die chinesischen Ortsbehörden übernehmen die Verantwortung für den „Zwischenfall" von Schanghaikwang; innerhalb 24 Stunden ziehen sich die chinesischen Truppen aus dem Bezirk Schanghaikwang zurück; **die chinesische Regierung verpflichtet sich, eine 30 km breite neutrale Zone längs der Eisenbahnlinie zu schaffen („neutral" heißt hier: frei von chinesischen Truppen);** „Schanghaikwang wird als Endpunkt von Mandschukuo betrachtet".

Der japanische Oberbefehlshaber in Tientsin hat dem nordchinesischen Marschall Tschang Hsue-Liang folgende Bedingungen gestellt:

1. Entschuldigung Tschang Hsue-Liangs und des chinesischen Oberbefehlshabers von Schanghaikwang;

2. der Bahnhof Schanghaikwang soll der Kontrolle des Staates Mandschukuo unterstellt werden;

3. das Gebiet von Schanghaikwang soll zur neutralen Zone erklärt werden.

Tschang Hsue-Liang lehnt direkte Verhandlungen mit den Japanern ab und verweist sie an die chinesische Regierung. Er erklärt, daß die Verantwortung für alle Kämpfe bei Schanghaikwang der japanischen Regierung und den japanischen Behörden zufalle.

Parteiendämmerung in Sachsen.

Linke Einheit im Leipziger Stadtparlament!

Am Mittwoch wurde in der neuen Stadtverordnetenversammlung in Leipzig das Präsidium gewählt. Die Kommunisten gaben eine Erklärung ab,

die KPD wolle verhindern, daß ein offizieller Vertreter des Mordfaschismus als Stadtverordnetervorsteher auftreten könne, aus diesem Grunde vereinigte sie ihre Stimmen bei der Wahl mit denen der SPD.

(Leider wurde in der Erklärung unnötigerweise noch hinzugefügt, aus dieser Wahlgemeinschaft dürfe nicht geschlossen werden, daß die grundsätzlichen Gegensätze zwischen KP und SP aufgehoben seien. Da das ja auch niemand verlangt hat, brauchte man diese Streitfragen nicht angesichts des Gegners auszutragen. Vielleicht lernen die Arbeiterführer und -redakteure auch das noch im Laufe der Zeit!)

Auf diese Weise war es möglich, als ersten Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung den Sozialdemokraten Hübner, als zweiten den Kommunisten Schmidt und als dritten den Sozialdemokraten Setzpfand durchzubringen. Damit haben die Arbeiterparteien wieder das Präsidium erobert. Der nationalsozialistische und der bürgerliche Kandidat fielen glatt durch.

Damit erleben wir bei den Kommunisten eine rühmliche Abweichung von der an anderer Stelle gemeldeten kommunistischen Politik.

die Bewohner der Ebene und der Städte. Die Gebirgsvölker haben sich zwar die Religion der Araber zu eigen gemacht und gehören deshalb zu den Völkern des Islams; sie sind aber keine Araber. Die Imperialisten versuchen, die *Verschiedenheit* der Rasse zu *Gegensätzen* zu machen. Zu diesem Zweck ist 1930 ein Vertrag vom Sultan unterschrieben worden, durch den die Gebirgsvölker nicht mehr ihm, dem Sultan, unterstellt sind, sondern anderen Strohmännern der französischen Machthaber.

Ein anderes Mittel, eine antifranzösische Einheitsfront zu verhindern, ist die Propagierung des Christentums. Der französischen Zeitschrift „Moghreb" zufolge zahlen die französischen Behörden zu diesem Zwecke einem katholischen Bischof in Marokko 4 Millionen Francs jährlich, das sind etwa 660 000 Mark. Außerdem werden Riesenmengen katholischer Schriften in Marokko verteilt, in denen gegen den Islam gehetzt wird.

Gegen diese Propaganda wurden von den Mohammedanern in vielen Städten öffentliche Gebete abgehalten, gegen die die Polizei vorging. Die Empörung darüber war ungeheuer groß. Die Broschüre, die ein junger Araber über jene Zeit geschrieben hat, trägt den Titel:

„Sturm über Marokko!"

Der Gouverneur von Marokko, der für jene Ereignisse, wie überhaupt für die imperialistische Politik Frankreichs in Marokko verantwortlich ist, wurde von Herriot in seinem Amt bestätigt und auch von Paul-Boncour nicht abgesetzt.

Wie ist das zu erklären? In Frankreich wird manchmal angedeutet, daß hier Interessen der als „Bank der Linken" bekannten „Banque de Paris et des Pays Bas" im Spiele seien.

Diese Bank kontrolliert fast alle französischen Kapitalien, die in Marokko investiert sind.

Darum wagen die Regierungen der französischen Linken nicht, jene Kapitalien zu gefährden. Sie erweisen sich also auch auf diesem Gebiet als Diener der Kapitalisten.

Wird die Sozialistische Partei, die diese Tatsachen kennt, wahrscheinlich besser kennt als wir, und die die Regierung in der Kammer unterstützt, eine wirkungsvolle Aktion gegen diesen Skandal unternehmen, oder wird sie die Schande von 1924/25 wiederholen, als sie für die Kriegskredite zum Marokkokrieg stimmte?

Ein Staat wird „frei".

Frankreich schließt einen „Vertrag" mit Syrien.

Syrien, das bisher französisches Mandatsgebiet war, wird demnächst, einer französischen amtlichen Mitteilung zufolge, als selbständige Republik anerkannt werden, da „die syrische Regierung nunmehr vollkommen imstande sei, die verfassungsmäßige Verantwortung zu übernehmen". Augenblicklich finden zwischen jener Regierung und dem französischen Oberkommissar Verhandlungen über einen französisch-syrischen Vertrag statt, die nach dem Muster des englisch-irakischen Vertrages ausgearbeitet werden soll. Folgende Vertragspunkte werden bekannt gegeben:

1. Die syrische Republik wird innerhalb der gegenwärtigen Grenzen, ohne Zugang zum Meer, anerkannt.

2. Sie zahlt der französischen Republik 17 Milliarden Francs als Entschädigung für die französischen Militärausgaben seit der Besetzung.

3. Sie gewährt ausländischen Firmen keine Regierungsaufträge ohne Zustimmung Frankreichs.

4. Sie nimmt in allen Regierungsabteilungen französische Berater auf.

5. Nach einer Probezeit von drei Jahren wird die französische Regierung der syrischen Republik zum Eintritt in den Völkerbund verhelfen.

Die „Freiheit" Syriens sieht also — wenn der Vertrag in seiner endgültigen Fassung diesem Machwerk gleicht — — folgendermaßen aus:

Frankreich hat die Macht, und Syrien zahlt!

Jouvenel für französich-italienische Verständigung.

Henri de Jouvenel, der demnächst seinen Posten als französischer Botschafter in Rom antreten wird, hat dem „Matin", dessen Chefredakteur er früher war, seine Ansichten über die französisch-italienischen Beziehungen mitgeteilt. Jouvenel erinnert daran, daß er während der Friedenskonferenz die schlechte Behandlung Italiens durch Wilson, Clémenceau und Lloyd George im „Matin" scharf verurteilt habe. Später habe er den Eindruck gehabt, als hätte die französische Regierung eine Verständigung mit Italien angestrebt, während die italienische Regierung ausgewichen sei. Er habe nun von Bérenger, der als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Senats kürzlich in Rom war, erfahren, daß seine Ansicht über Mussolinis Politik nicht richtig gewesen sei. Es sei nicht richtig, daß Frankreich die Vorherrschaft über irgend einen Teil Europas anstrebe. Daß Frankreich die Verständigung mit Italien wünsche, gehe aus den Reden Herriots hervor und aus der Tatsache, daß Herriot dem Auswärtigen Ausschuß des Senats die Akten über die französisch-italienischen Beziehungen vorgelegt habe.

Die „Berliner Börsenzeitung" veröffentlicht diesen Bericht unter folgender Ueberschrift: „Spaltung der Front für Abrüstung und Vertragsrevision." Darunter scheint die „BBZ" die deutsch-italienische Front zu verstehen, die allerdings bisher nur in den Köpfen deutscher Politiker zustande gekommen ist, während Mussolini sich wohl gehütet hat, sich für oder gegen Frankreich die Hände zu binden.

Zur Ausweisung des Kaplans Gilles.

Die belgische Regierung hat den Schritt des deutschen Gesandten in Brüssel wegen der Ausweisung des Kaplans Gilles aus Eupen mit einer Note beantwortet, in der noch einmal behauptet wird, die Beunruhigung der deutschen Presse wegen dieses Falles sei völlig ungerechtfertigt. Gilles habe stets feindselige Gefühle gegen Belgien bezeugt und sich in ärgerniserregender Weise unter der katholischen Jugend betätigt. Kein Land würde zugeben, daß ein vom Staat entlohnter Priester dieses Treiben fortsetze.

Radikale Beschlüsse in der belgischen SP.

Der Generalrat der belgischen Arbeiterpartei (SP) nahm in seiner Sitzung in Brüssel scharf gegen den Kurs der Regierung Brouqueville Stellung. Sogar Sozialdemokraten wie Vandervelde schlugen dabei radikale Töne an. Der Generalrat beschloß, nicht nur auf parlamentarischem Wege gegen die reaktionäre Sparpolitik der Regierung vorzugehen, sondern

den Widerstand gegen diese Politik im ganzen Lande zu organisieren.

Zu diesem Zwecke werden Organisationskomitees gebildet werden.

Eine Delegation wurde zum Finanzminister Jasper gesandt, um gegen die Sanierung der Staatsfinanzen auf Kosten der Arbeiterschaft zu protestieren. Eine solche Politik könne leicht das Wiederaufflammen von Streiks und Aufstandsbewegungen zur Folge haben, wie sie im vorigen Sommer erfolgt seien, und wenn das der Fall wäre, würde die Partei sich

nicht für die Beruhigung der Arbeiter, sondern für die siegreiche Durchführung des Kampfes einsetzen.

Die SP gibt also zu, daß es ihr bei dem großen Bergarbeiterstreik im Sommer mehr auf die Beruhigung der Arbeiter ankam als auf die „siegreiche Durchführung des Kampfes".

Die Aussprache über die Kriegsschuldenfrage im amerikanischen Senat hat am Mittwoch stattgefunden. Die meisten Redner sprachen sich scharf gegen die Zahlungsversäumnis einiger Schuldnerstaaten und überhaupt gegen die Revision der Kriegsschulden aus. — Dies war zu erwarten, ist aber jetzt nicht mehr von großer Bedeutung, da sich die Zusammensetzung des Senats nach Ablauf der laufenden Legislaturperiode, am 4. März, wesentlich ändern wird.

Oesterreichs Außenpolitik.

Im Finanz- und Haushalts-Ausschuß des österreichischen Bundesrats kam es zu einer außenpolitischen Debatte. Bundeskanzler Dollfuß erklärte, daß Oesterreich in einem etwa entstehenden italienisch-jugoslawischen Konflikt selbstverständlich die Neutralität wahren werde. Otto Bauer wies auf die Spannung zwischen Italien und Jugoslawien hin und meinte, er glaube zwar nicht, daß es heute oder morgen zu einem Krieg kommen werde; die scharfe Sprache, die jetzt zwischen den beiden Staaten geführt werde, zeige aber eine fatale Aehnlichkeit mit 1914.

Bauer protestierte ferner dagegen, daß der bisherige Vertreter Oesterreichs beim Völkerbund, von Pflügl, angeblich zum österreichischen Gesandten in Paris gemacht werden sollte. Pflügl sei Monarchist und werde im Ausland möglicher Weise Ansichten zur Schau tragen, die sich auf seine persönliche Gegnerschaft des Anschlusses Oesterreichs an Deutschland gründen.

Dollfuß erklärte hierzu lediglich, daß es Sache des Außenministeriums sei, Gesandte zu ernennen. Die Beziehungen Oesterreichs zu Deutschland würden sich nicht ändern; es sei Absicht der Regierung, das gute Einvernehmen mit Deutschland weiter durch wirtschaftliche Vereinbarungen zu festigen.

Hochverratsprozeß in Jugoslawien.

Demnächst beginnt vor dem jugoslawischen Gerichtshof „zum Schutze des Staates" ein Hochverratsprozeß gegen 40 Slowenen, meist Katholiken, denen zur Last gelegt wird, daß sie in einer großen Versammlung

gegen die Belgrader Regierungsform protestiert

und dabei gerufen hätten: „Es lebe Mussolini! Nieder mit dem König!" Die Angeklagten sollen dann den Beamten, die gewaltsam gegen die Versammlung vorgegangen sind, Widerstand geleistet haben.

Die Tatsache, daß es sich bei den Angeklagten offenbar um italienfreundliche Elemente handelt, spricht dafür, daß der italienisch-jugoslawische Konflikt durch den Prozeß weitere Nahrung erhalten wird.

Auch Slowenen fordern Autonomie.

Nicht nur die kroatische Bewegung macht der Belgrader Regierung Schwierigkeiten. Auch die Slowenen, die zu etwa 90 Prozent hinter der slowenisch-katholischen Volkspartei stehen, fordern die Loslösung von Serbien. Die Volkspartei hat soeben eine Erklärung veröffentlicht, in der die Slowenen als Volk, und nicht lediglich als Stamm, bezeichnet werden und für sie alle politischen und kulturellen Freiheiten gefordert werden. Wenn diese Forderungen nicht erfüllt würden, bestünde die Gefahr, daß der Zusammenhang zwischen Jugoslawien und den in Oesterreich, Ungarn und Italien lebenden Slowenen verloren geht. Die slowenisch-katholische Volkspartei erklärt sich mit der Forderung der Kroaten einverstanden, den Zustand von 1919 wieder herzustellen und ein freies Abkommen zwischen den Völkern der Serben, Slowenen und Kroaten abzuschließen.

Der Staats-Terror in Kuba.

Die gesamte kubanische Presse wurde am Dienstag unter Militärzensur gestellt. Anlaß: eine (!) Zeitung hatte die von Wunden bedeckte Leiche eines Studenten abgebildet; dieser Student sei — so hieß es in der Zeitung — von der Polizei getötet worden.

Kuba steht seit 14 Monaten unter Belagerungszustand. Alle revolutionären Organisationen sind zur Illegalität verurteilt. Viele revolutionäre Arbeiter, Bauern, Studenten und Intellektuelle sind in den letzten Monaten auf offener Straße ermordet worden. Die Zahl der politischen Gefangenen übersteigt — wie die Liga gegen Imperialismus mitteilt — 2000; das macht einen politischen Gefangenen auf etwa je 1800 Einwohner!

Der Machthaber heißt Machado; er ist vom USA-Kapital abhängig.

Zur Krisenlage: 600 000 Erwerbslose in Kuba, das macht ein Sechstel der Einwohnerzahl. (In Deutschland stellen die Erwerbslosen etwa ein Zehntel der Bevölkerung.)

Deutschenhaß oder Profitgier?

Francis P. Garvan, der Präsident der amerikanischen „Chemical Foundation" hat dem Schatzkanzler Mills in einem Telegramm mitgeteilt, daß es der amerikanischen Regierung an Eifer mangele, die amerikanischen Interessen wahrzunehmen. Diese Bemerkung bezog sich auf die Gewährung des Hoover-Moratoriums. Schatzkanzler Mills antwortete prompt, ebenfalls auf dem Wege über die Telegraphendrähte, daß Garvan zu seiner Behauptung verleitet worden sei durch den rachsüchtigen Haß, den er gegen Deutschland und alles Deutsche hege. — Wenn das man kein Irrtum ist! Ob das Telegramm des Chemieindustriellen Garvan nicht so zu verstehen ist, daß die amerikanische Regierung es an Eifer fehlen lasse, die Interessen der amerikanischen chemischen und sonstigen Rüstungsindustrie wahrzunehmen (die er kurz: amerikanische Interessen nennt)? Sein Deutschenhaß wird doch gewiß nicht so groß sein, daß er nicht gewillt wäre, im Falle einer besseren Wahrnehmung der Interessen der Rüstungsindustrie, z. B. durch einen Krieg, auch die deutsche Wehrmacht mit Giftgasen zu unterstützen!

Die imperialistischen Kollegen.

Die amerikanische Regierung hat an Japan einen Protest wegen der Aktion von Schanghaikwang gerichtet. Seitens des Außenministeriums in Washington ist erklärt worden, daß die USA nach wie vor keine Gebietserweiterungen Japans anerkennen würden, die unter Verletzung des Kellogg-Paktes und des Washingtoner Neun-Mächte-Abkommens erzielt worden seien.

Der englische Botschafter in Tokio hat am Mittwoch den japanischen Außenminister Utschida besucht und ihn um Aufklärung über die Vorgänge in Schanghaikwang gebeten. Offenbar ist der englische Botschafter ein höflicher Gentleman.

Zwei englische Kanonenboote sind nach Tsinwangtau beordert worden, „um die englischen Interessen im Gebiet von Schanghaikwang zu schützen".

Zwei englische Militärflugzeuge stürzten am Mittwoch ab, eins in Palästina, das andere in Essex. Dabei kamen zwei Menschen ums Leben.

Ausbau des polnischen Faschismus.

Durch Verordnung der Warschauer Garnisonleitung werden mit sofortiger Wirkung im Warschauer Bezirk

Standgerichte

eingesetzt, die die Aufgabe haben, „Vergehen von Militärpersonen, z. B. Ueberfälle auf Vorgesetzte mit der Waffe in der Hand, hochverräterische und umstürzlerische Tätigkeit, Spionage" u. s. w.

mit dem Tode durch Erschießen

zu bestrafen. Derartige Verordnungen sind dieser Tage auch in anderen Militärbezirken erlassen worden, so in Lodz und in der ukrainischen Stadt Luzk. Es ist zu befürchten, daß sie demnächst auf ganz Polen ausgedehnt werden.

Was für Vorfälle im Heer oder Absichten der Regierung es sind, die Anlaß zu diesen Verordnungen gegeben haben, wird selbstverständlich nicht bekannt gegeben. Es hat jedoch den Anschein, als sollten Meuterungen der Truppen durch den Terror der Standgerichte unterdrückt werden.

Aufhebung der Koalitionsfreiheit.

Unumschränkte Polizeiherrschaft.

Die Einführung von Standgerichten ist nicht das einzige Zeichen des Ausbaus des Pilsudski-Regimes in Polen. Während die Soldaten durch Androhung der Todesstrafe geknebelt werden, wird die Arbeiter- und Bauernschaft durch Aufhebung der Koalitionsfreiheit am Boden gehalten. Darüber berichtet „ITF", die Zeitschrift der Internationalen Transportarbeiter-Föderation, wie folgt:

„Die Pilsudski-Regime, das zu Beginn seiner Existenz seinen reaktionären Charakter oft durch verschiedene demokratische Mäntelchen zu verbergen suchte, wirft allmählich alle diese Mäntelchen ab und zeigt immer mehr sein wahres faschistisches Gesicht. Viele Rechte, die sich die Arbeiter im Jahre 1918 erkämpft haben, haben daran glauben müssen. Jetzt kommen die Koalitionsrechte an die Reihe.

Der polnische Staatspräsident hat durch eine Verordnung vom 29. Oktober die Abänderung des Gesetzes über die Koalitionsfreiheit zum 1. Januar 1933 verfügt. Das Hauptmerkmal dieser Verordnung ist, daß sie die Organisationen und Vereinigungen gänzlich der Willkür der Polizeibehörden ausliefert. Die Polizei soll das Recht bekommen, in Bücher, Akten, Mitgliederlisten und andere Dokumente der Vereinigungen Einsicht zu nehmen und sich Abschriften, Auszüge u. s. w. zu machen; sich auf Versammlungen, Sitzungen u. s. w. bestimmter Vereinigungen vertreten zu lassen, wobei der Vertreter der Polizei berechtigt sein soll, das Wort zu ergreifen, an die Versammlung Fragen zu richten und Bemerkungen zu machen; sich Beschlüsse der Versammlungen vorlegen zu lassen und anderes mehr.

Selbst bei der Gründung von Vereinigungen soll die Polizei Pate stehen, denn sie soll darüber entscheiden, ob die Vereinigung für den Staat und die Gesellschaft nützlich oder gefährlich ist; im ersten Falle sollen die betreffenden Vereinigungen verschiedene Begünstigungen genießen, im zweiten Falle sollen sie nicht genehmigt, bzw. aufgelöst werden können. Was das letztere bedeutet, kann man sich unschwer vorstellen: verschiedene regierungsfreundliche Organisationen bekommen den Stempel der „Nützlichkeit" für den Staat und werden auf allerlei Weise begünstigt, während die Arbeiterorganisationen als „staatsgefährlich" unterdrückt werden können.

Durch die neue Verordnung werden die Arbeiterorganisationen, besonders Gewerkschaften, in ihrer Existenz schwer bedroht oder ihre Tätigkeit wird zumindest stark unterbunden werden. Der polnische Gewerkschaftsbund hat gemeinsam mit den Gewerkschaftszentralen anderer Richtungen gegen die Vergewaltigung der Koalitionsrechte einen Kampf eröffnet. Der Kampf dürfte jedoch ungleich sein. Jedenfalls steht die polnische Arbeiterbewegung vor schweren Zeiten."

Preußischer Kultusminister und der Fall Cohn.

Nachdem der Senat der Universität Breslau gegen den durch Hakenkreuzler-Pöbeleien in seinen Rechten verletzten und in seiner Wirksamkeit schwer beeinträchtigten Professor Cohn eine Erklärung abgegeben hatte, beschwerte sich Professor Cohn beim preußischen Kultusminister. Dieser hatte auf Grund dieser Beschwerde den Rektor, den Prorektor und den Dekan der juristischen Fakultät zu einer Besprechung am 4. Januar eingeladen. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, erklärten die Herren, daß der Senat der Universität Breslau nicht die Absicht gehabt hätte, mit seinem Beschluß vom 23. Dezember 1932 in die Befugnisse des Ministeriums einzugreifen, vielmehr habe der Senat „damit nur zum Ausdruck bringen wollen", daß durch Professor Cohns Stellungnahme zur Frage des Asylrechts für Trotzki „die Lage sich so verschärft" hätte, daß der Senat „den weiteren Schutz für die Person des Professors Cohn sowie für die Ruhe und Ordnung in der Universität Breslau nicht mehr glaubte, gewährleisten zu können".

Demnächst soll sich der Senat wieder mit der Angelegenheit befassen. — In dieser ganzen geschraubten und gewundenen Erklärung der Magnifizenzen und Spektabilitäten ist keine Rede von den Rechten des beleidigten und geschädigten Professors, sondern nur von der „Gewährleistung von Ruhe und Ordnung", die der Senat auch vorher nicht sichern konnte, sonst wäre es nie zu den Tumulten gekommen!

Arbeiterschädliches Verhalten.

Die sozialdemokratische „Münchener Post" teilte aus Hohenmölsen in Sachsen mit, daß dort die Kommunisten durch Stimmenthaltung einem Nazibürgermeister ins Amt verholfen haben, obgleich eine erdrückende Arbeitermehrheit in der Gemeindevertretung vorhanden ist. Es stehen dort 6 Bürgerlichen und Nazis, 5 Sozialdemokraten und 5 Kommunisten gegenüber. Gleichzeitig teilt sie mit:

1. In Gautzsch bei Leipzig wurde durch das Verhalten der Kommunisten ein Nationalsozialist gegenüber einem Sozialdemokraten zum Bürgermeister gewählt.

2. In Leipzig ermöglichten es die Kommunisten, daß an Stelle eines Sozialdemokraten ein Volksparteiler zum Bürgermeister gewählt wurde.

3. In Remse (Mulde) wurde durch das Verhalten der Kommunisten trotz proletarischer Mehrheit ein bürgerlicher Bürgermeister gegenüber dem Sozialdemokraten gewählt.

4. In Ohrdruf (Thür.) wurde durch das Verhalten der Kommunisten der Nationalsozialist Marschler zum Bürgermeister gewählt.

5. In Eisenberg (Thür.) ermöglichten es die Kommunisten trotz starker Linksmehrheit, daß ein bürgerlicher Bürgermeister gewählt wurde.

•

Ein fürchterliches Zeugnis kommunistischer, angeblich besonders grundsatztreuer Tagespolitik.

Essener KP-Kundgebung polizeilich aufgelöst!

Am 3. Januar veranstaltete die Essener KP und die „Rote Hilfe" eine große Begrüßungskundgebung für die befreiten proletarisch-politischen Gefangenen im Zirkus Hagenbeck.

Der Einmarsch der Gefangenen unter den Klängen der Internationale löste begeisterte Kundgebungen aus. Als dann im Laufe der Veranstaltung zwei der amnestierten Gefangenen über ihre Erlebnisse berichteten, verwarnte der überwachende Kriminalbeamte einen der Redner, weil er von Mißhandlungen durch Polizeibeamte berichtete. Den einsetzenden Proteststurm der Versammlungsteilnehmer nahm die Polizei zum Anlaß, die Versammlung aufzulösen.

Zur Wahrung der Interessen der Generäle und der Schwerindustrie.

Sechs Jahre Zuchthaus

wegen versuchten „Verrats" militärischer Geheimnisse erhielt auf Grund eines Urteils des 1. Strafsenats des Kammergerichts vor einigen Tagen ein Namenloser namens Bahr. Sechs Jahre Zuchthaus wegen des bloßen Versuchs! Dazu zehn Jahre sogenannter Ehrverlust.

Die Amnestie-Ferien der Justiz sind aus! Ihre neue Arbeit beginnt im Zeichen des Schutzes der Berufsinteressen der Generäle!

Nieder mit dem Krieg!

Dieser Ruf ist in aller Welt den Kriegstreibern der verhaßteste, — dieser Ruf, mit dem 1916 auf dem Potsdamer Platz in Berlin Karl Liebknecht der herrschenden Klasse seines Landes den Krieg ansagte. Es paßt zu dem vor einigen Tagen wiederaufgelebten Krieg zwischen Peru und Kolumbien, daß **der Sekretär der Kommunistischen Partei Perus, Robinez, in Lima wegen Antikriegspropaganda verhaftet** worden ist. Auch Karl Liebknecht kam im Anschluß an jenen Ruf ins Zuchthaus.

Berliner Schnellgericht.

Neun Monate Gefängnis wegen eines Schusses auf einen Wohlfahrtsbeamten erhielt am Mittwoch der 22jährige Unterstützungsempfänger Sechtig. Er hatte auf dem Wohlfahrtsamt Berlin-Friedrichshain den Stadtsekretär Wichert, über den er sich wegen langen Wartens geärgert hatte, durch einen Schuß mit einer Schreckschußpistole an beiden Augen verletzt.

Je vier Monate Gefängnis wegen Lebensmittel-Plünderung erhielten am Montag zwei Berliner Erwerbslose. Sie waren am 21. Dezember in ein Lebensmittelgeschäft eingedrungen.

„Seht wie der Zug von Millionen, endlos aus Nächtigem quillt."

Stimmungsbild von der KP-Kundgebung im Berliner Lustgarten.

Das Rote Berlin trifft sich zur Kundgebung im Lustgarten! Lange vor der angesetzten Zeit marschieren die Demonstrationszüge aus allen Bezirken Berlins sternförmig dem Bestimmungsort zu. Kampflieder werden begeistert gesungen, Hoch- und Niederrufe ausgebracht, und immer wieder ertönen die Rufe: „Rot Front! Rot Front! Rot Front!" Minutenlang liegt in den Durchgangsstraßen der Verkehr still. Verängstigte Kleinbürger lugen aus den Straßenbahnen und den Fenstern der Häuser.

Langsam ziehen die Genossen an uns vorüber. Gesicht an Gesicht. Gesichter . . . manche müde, von Arbeitern, die eben erst aus den Betrieben kamen; erschöpfte, mit erloschenen Augen, von langjährigen Erwerbslosen, ausgehungert und erschreckend mager; dann wieder scharfe Züge, straffe Gesichter mit kampfentschlossenem Blick; unbekümmerte, fröhliche Jugendgenossen; Begrüßungsworte werden zwischen den einzelnen marschierenden Zügen gewechselt, Neckworte fliegen herüber und hinüber. Dazwischen Frauenbataillone mit eigener Musikkapelle; sie machen einen guten sportlich-disziplinierten und gar nicht militaristischen Eindruck. Auch manche Mitläufer mögen dabei sein, doch vorherrschend sind die guten, ernsten Kämpfer.

Die Nacht bricht schon herein, phantastisch wehen die roten Fahnen im Lichte der Straßenlaternen. Ein imposantes Bild.

Im Lustgarten stauen sich die Massen. Trotz der ungünstigen Jahreszeit ist die Teilnahme des Berliner Proletariats an der Kundgebung gut. Tausende und Abertausende füllen den Platz.

Pünktlich zur angesetzten Zeit wird die Versammlung durch einen Fanfarenstoß eröffnet. Den Auftakt bildet eine kurze Dankrede an die kürzlich amnestierten Genossen und ein Kampfgelöbnis für die Befreiung der noch in den Gefängnissen Inhaftierten. Zum Gedenken der großen Toten, Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts, und der um die Jahreswende von den Faschisten ermordeten Genossen spielt die Kapelle den russischen Trauermarsch. Schweigend mit entblößten Häuptern steht die Menge, die geballten Fäuste wie zum Schwur erhoben; über ihnen wehen die roten Fahnen. Dann spricht der Reichstagsabgeordnete Florin. Während seiner Rede hört man in der Ferne den Marschtritt der noch immer aufziehenden Arbeiterbataillone. Florin spricht nicht sehr lange, etwas matt, er zählt die Parolen der KP-Fraktion und der „Roten Fahne" auf, kann es sich auch nicht versagen, an einer Stelle ganz unnötigerweise gegen die SP-Führer zu wettern, aber das geht vorüber und wird schnell wieder vergessen. Die an diese Schimpfereien gewöhnten Genossen merken es kaum noch. (Vor mir stehen zwei Arbeitslose, die sich mächtig freuen über die Kundgebung und die Rede, mit größter Selbstverständlichkeit teilt der eine seine mitgebrachten Stullen mit dem Genossen, den er eben erst zufällig kennen gelernt hat.) Und schließlich klingt Florins Rede aus in ein Bekenntnis zum Internationalismus, zum Kampf der Arbeiterklasse. Ein Hoch auf die Sowjetunion und Sowjetchina wird ausgebracht und zum Kampf gegen den räuberischen japanischen Imperialismus aufgerufen.

Die Kundgebung ist geschlossen. Langsam und geordnet verlassen die Züge den Platz, und in gehobener Stimmung und voll neuen Kampfesmut kehren die Genossen in die Arbeiterviertel zurück zur nüchternen Tagesarbeit. **R. H.**

Kommunistische Kundgebungen in Leipzig.

Aus Anlaß der Eröffnung der Stadtverordnetenversammlung von Leipzig hatten sich am Mittwoch im inneren Stadtgebiet zahlreiche kommunistische Erwerbslose eingefunden, die in verschiedenen Abteilungen zum Rathaus marschieren wollten. Starke Polizeikräfte wurden eingesetzt, um alle Zugangsstraßen zum Rathaus abzusperren. Etwa zwanzig Personen wurden festgenommen.

In Hamburg: Demonstration der 50000.

Am Mittwoch abend veranstaltete die KP auch eine Kundgebung in Hamburg auf der Moorweide. Es wurde gegen die Schleicher-Diktatur, für eine Arbeiter- und Bauernrepublik und gegen den japanischen Imperialismus demonstriert.

BRUNO GLUCHOWSKI

HOHLEN-KULIS

REVOLTE AN DER RUHR (49)

COPYRIGHT 1932 BY FACKELREITER-VERLAG G. M. B. H., BERLIN W 15

Noch immer steht Mutter Kroll wartend am Schacht. Der Obersteiger geht mit einem Trupp Rettungsmannschaften über den Platz, gewahrt sie, tritt auf sie zu. „Mutter Kroll, gehen Sie nach Hause. Sie können hier ja doch nichts machen."

„Herr, drei Jungens habe ich unten und keiner ist bis jetzt rausgekommen. Was soll ich zu Hause? Wissen Sie, was es heißt, hier zu stehen und denken zu müssen, du hast deine letzten Kinder verloren?"

Ihr Blick trifft ihn wie ein Vorwurf, scheint zu sagen: „Wie kommt es, daß du noch gesund und unverletzt bist? Warum bist du nicht bei den Verbrannten und Erstickten?"

„Ich weiß es, ich kann Ihren Schmerz verstehen", sagt er. „Ich kenne Ihre Söhne. Aber gehen Sie nach Hause. Dies hier ist kein Anblick für eine alte Frau."

Die alte Frau schüttelt den Kopf.

„Nein, Herr, lassen Sie mich hier. Vielleicht kommen sie doch noch lebend heraus, und dann sollen sie zuerst ihre Mutter sehen."

Der Obersteiger sieht ein, daß er sie nicht zum Fortgehen bewegen kann, steigt die Treppe zur Hängebank herauf, fährt mit seinen Leuten ein.

Gruppenweise dringen die Rettungsmannschaften in den verqualmten, vergasten Bau vor. Ohne Rauchhelm und Sauerstoffapparat ist ein Atmen, geschweige denn Arbeiten, unmöglich. Von der 6. und 7. Sohle gehen sie gegen Revier II, III und IV zugleich vor. Ueberall liegen kleinere und größere Brüche in den Querschlägen. Sie müssen erst notdürftig aufgeräumt werden, ehe man weiter an den Explosionsherd heran kann. Am Anschlag des Gesenkes auf der 7. Sohle werden die ersten Toten gefunden. Drei verbrannte Männerkörper. Faßt man sie an, so hat man Stücke garen Fleisches in den Händen. In Wettertuch gewickelt, werden sie auf Bahren fortgeschafft. Der Korb liegt, vom Seil abgerissen, im Gesenksumpf; an eine Fahrt nach oben ist also nicht zu denken. Zwei Mann klettern die Fahrten empor, kommen glücklich bis zum ersten Ort über der Sohle. Sie geben Signal nach unten, andere folgen ihnen. In der ersten Strecke, die sie betreten, finden sie 7 Tote, sämtlich schwarz verkohlt, bis zur Unkenntlichkeit verbrannt. Sie werden in Wettertuch verschnürt, zum Gesenk getragen und an Seilen hinuntergelassen auf die Sohle. Von dort aus werden sie weitertransportiert zum Schacht. Es ist keine leichte Arbeit, die die Rettungsmannschaften zu verrichten haben; es gehört viel körperliche Ausdauer und seelische Stärke dazu. Der Rauchhelm behindert die Atmung, der schwere Sauerstoffapparat drückt auf dem Rücken; auf dem schwitzenden Körper klebt die Kleidung. Trotz der Gefahren, die sie umgeben, trotz all des Grauenhaften, das sie sehen, dringen sie unverzagt vor. Nachdem die untersten Strecken abgesucht sind, klettern sie die einzelnen Streben hinauf zum nächsten Ort, suchen systematisch alle Oerter im Gesenk ab. Oft droht ihnen, die selbst alte Bergleute sind und vom Tode schon mehr als einmal gestreift wurden, das Blut in den Adern zu stocken. Wo sie auch hinkommen, in Strecken, Streben, Aufhauen, vor Oerter und Querschläge, nirgends ist ein lebendes Wesen zu sehen, Wo sie auf einen Menschen stoßen, ist es ein Toter. In unnatürlich verkrampften Stellungen liegen die Leichen; über Förderwagen hängend, in Rollkästen liegend, zwischen umgestürzten Hölzern und eisernen Schienen, unter Bergen von Kohlen und Steinen. Ein Zug leerer Wagen liegt auf Ort 3, umgekippt und auseinandergerissen. Drei Wagen liegen übereinander, darunter ein Pferd in seinem Geschirr, daneben der Pferdejunge. Sein Kopf ist gespaltet, der ungeheure Luftdruck der Explosion hat ihn gegen einen Haufen eiserner Kappschienen geworfen. Viele der Toten sind direkt verkohlt, andere von der riesigen Stichflamme wie gekocht oder gebraten. In einer Strebe findet man drei Tote mit angekohlten Beinen in einem Blindort. Ihre Gesichter sind blau gedunsen, grauenhaft verzerrt. Im Moment der Explosion, als die Flamme durch den Bau raste, waren sie im Begriff, in das Blindort zu klettern, befanden sich ihre Oberkörper schon darin. Nur ihre Beine wurden von der Flamme erfaßt. Furchtbare Qualen müssen sie ausgestanden haben, ehe der Tod sie von ihren Leiden erlöste. Die giftigen Gase haben ihnen den Rest gegeben, mit den verbrannten Beinen konnten sie nicht fortlaufen.

Eine schaurige Arbeit ist es, die die Rettungsmannschaften verrichten. In ihren unförmigen Ausrüstungen sehen sie vorweltlichen Wesen, die auf Raub ausziehen, ähnlicher als Menschen. Unsagbar schwer ist ihre Arbeit, aber opfermutig harren sie aus, sind voller Freude, wenn sie Lebende bergen und noch retten können. Aber es sind nur wenige Kumpels, die dem Massensterben entfliehen konnten. An vielen Stellen geben Inschriften an Stempels, auf Rutschenblechen und Gezähkisten Kunde von dem grauenhaften Tode der einzelnen, enthalten ihre letzten Grüße an die Angehörigen. Gruppenweise ziehen Männer mit Tragbahren zum Schacht, laden ihre traurige Last auf die Förderkörbe. Tote Kumpels treten ihre letzte Fahrt zutage an.

Sternengeflimmer am Nachthimmel, Mutter Kroll steht noch immer am Schacht. Sie ist so müde, aber sie muß warten. Viele Tote hat sie vorübertragen sehen in die Leichenhalle; in keinem hat sie einen ihrer drei Söhne erkannt. Viele Verletzte sind in die Krankenwagen geladen worden, wanden sich in Qualen und Schmerzen auf ihren Bahren. Ihre Schreie gingen der alten Frau durch Mark und Bein, aber in keinem hat sie die Stimme eines ihrer Söhne herausgefunden. Erkundigte sie sich bei den Sanitätern, so wurde ihr stets ein anderer Name genannt als der erwartete. Die Müdigkeit übermannt sie, auf die Eisentreppe setzt sie sich, ungeachtet der Kälte, die sie durchdringt. Nur ihr Umschlagtuch zieht sie etwas fester um die Schultern.

Um 8 Uhr abends hat man 98 Tote geborgen.

Um 11 Uhr sind es schon 112.

Um 4 Uhr erhöht sich ihre Zahl auf 147.

Um 1/2 6 Uhr hat man den 176. Toten zutage gefördert, den letzten.

Jetzt erst begibt sich Mutter Kroll nach Hause.

(Fortsetzung folgt.)

Vom gerechten Krieg.

Grubenschlacht in Taylorville.

In der Nähe von Taylorville, in jenem Bergwerksrevier, wo die Gesellschaft zugleich Diktator, Unternehmer, Grundbesitzer, Polizei und Gericht ist, kam es wieder zu einer Schlacht zwischen Bergarbeitern und der Grubenmiliz. Ein Arbeiter und eine Frau wurden getötet, 15 Personen wurden verletzt.

Gewalt gegen Streikbrecher.

Im Walzwerk der Firma Zinn, Engels und Co. in Wuppertal-Barmen wurde von der RGO ein Streik gegen einen Lohnraubversuch ausgelöst. Dabei kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei, als die Streikenden versuchten, Streikbrecher mit Gewalt am Betreten des Betriebes zu hindern. Die Freien Gewerkschaften beteiligen sich an dem Streik anscheinend nicht.

Hungerstreik gegen Lohnkürzungen.

In Czenstochau haben etwa 100 Arbeiter einer Papierfabrik den in Polen häufigen passiven Widerstand gegen die von den Unternehmern geforderte zehnprozentige Lohnsenkung aufgenommen. Die Arbeiter haben sich in den Fabrikräumen versammelt und weigern sich, diese zu verlassen oder irgend welche Nahrung zu sich zu nehmen. Der Streik ist schon seit dem 30. Dezember im Gang. Die Betriebsleitung hat erklärt, daß sie keine Verhandlungen mit den Arbeitern aufnehmen würde, ehe die Arbeiter das Werk verlassen hätten.

1000 französische Weber im Streik.

In den Webereien von Armentières bei Lille ist am Mittwoch ein Streik ausgebrochen, der voraussichtlich noch größere Ausdehnung annehmen wird. Vorläufig streiken etwa 1000 Arbeiter. Ursache des Streiks soll angeblich die Inbetriebnahme einer großen Maschine sein, zu deren Ueberwachung die Arbeitgeber nur einen einzigen Arbeiter angestellt haben. Die Webereien von Houplin haben sich aus Sympathie dem Streik von Armentières angeschlossen.

Keine weitere Kürzung der Beamtengehälter.

Am 3. Januar hatten Vertreter des Deutschen Beamtenbundes eine Unterredung mit dem Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk über die Finanzlage des Reichs, der Länder und der Gemeinden und die damit zusammenhängenden besoldungspolitischen Fragen. Der Reichsfinanzminister erklärte dabei ausdrücklich, daß die Reichsregierung eine weitere Kürzung der Beamtengehälter nicht beabsichtige. Wird der Minister auch Wort halten? Auf jeden Fall wird dadurch die von den Ländern oder Gemeinden geübte Gehaltskürzung nicht ausgeschlossen. Sehr verbreitet ist jetzt ja die Anwendung des sogenannten „Rollsystems", bei dem durch immer weitere Verschiebung der Zahlungstermine und Umwandlung der sonst üblichen Vorausbezahlung in nachträgliche Zahlung den Beamten im Laufe eines Jahres einfach ein ganzes Monatsgehalt abgezwackt wird.

Transportarbeiterorganisation im Kampf.

(ITF) Die „Lumina S.A.", eine Firma, welche in der Schweiz mit den Produkten des gewaltigen Shell-Benzintrustes handelt, macht schon seit zwei Jahren alle möglichen Winkelzüge, um sich von einer vertraglichen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ihres Personals mit dem Verband der Handels-, Transport- und Lebensmittelarbeiter der Schweiz zu drücken. Der Verband hatte daher eine Landeskonferenz einberufen, um festzulegen, wie gegen die Firma vorgegangen werden soll, damit eine vertragliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse erreicht würde. Bevor aber der Verband irgendwelche Schritte unternehmen konnte, ging die Firma in allen Teilen des Landes, zunächst in Basel, dazu über, unter dem Vorwand von Rationalisierungsmaßnahmen die organisierten Arbeiter auf die Straße zu setzen, wobei noch das Bedauern darüber ausgesprochen wurde, daß man dazu genötigt sei. Durch andere Kanäle aber wurde der Arbeiterschaft beigebracht, daß

alle gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer aus dem Betrieb entfernt werden sollten.

Auf die Konsequenzen ihrer Handlungsweise aufmerksam gemacht, erklärte die Firma: „Gewiß, wir kennen die Macht und Kraft der Organisation schon, aber wir kümmern uns nicht darum". Die Organisation hat über die „Lumina S.A." die Sperre verhängt und die gesamte schweizerische organisierte Arbeiterschaft aufgefordert, sich mit den entlassenen Vertrauensleuten solidarisch zu erklären.

Ungeheure Schiffskatastrophen

Der französische Passagierdampfer „L'Atlantique", der über 40 000 Tonnen stark ist und erst vor einem Jahr in Betrieb gesetzt worden ist, ist auf bisher ungeklärte Weise auf der Fahrt von Bordeaux nach Le Havre, in Brand geraten. Die Besatzung des Schiffes ist durch das deutsche Motorschiff „Ruhr" und einen englischen Dampfer gerettet worden. Von dem Schiff selber ist nichts zu retten. Auf dem Dampfer befanden sich keine Passagiere, sondern nur eine Besatzung von 250 Mann.

Die „Atlantique" ist das modernste Schiff der Südamerika-Linie und wurde mit einem Kostenaufwand von 65 Millionen Mark erbaut. Es konnte 2000 Fahrgäste befördern. Nachdem erst im vorigen Jahr der große französische Passagierdampfer „George-Phillipar" gesunken ist — die Ursachen jener Katastrophe sind bis heute nicht entdeckt worden —, ruft dieses neue und bisher unerklärliche Unglück im französischen Handelsministerium große Beunruhigung hervor: einerseits besteht der starke Verdacht, daß es sich in beiden Fällen um Sabotageakte handelte, besonders da im Fall der „Atlantique" nicht zu verstehen ist, warum der Brand nicht gelöscht werden konnte, andererseits ist die schlechte Organisierung und die Vergeudung ungeheurer Geldsummen in der französischen Handelsmarine bekannt.

Die französische Regierung hat der Besatzung des deutschen Schiffes „Ruhr" ihren Dank für die Rettung ausgesprochen.

*

Nach den neuesten Meldungen sind bei dem Brand der „Atlantique" anscheinend doch Menschen umgekommen, und zwar werden bisher 18 Mann der Besatzung vermißt.

In der französischen Presse wird lebhaft die merkwürdige Tatsache erörtert, daß in einem Jahre auf drei Schiffen der französischen Handelsmarine Feuer ausgebrochen ist. Der „Populaire" führt dies auf Konstruktionsfehler der Schiffe zurück und schließt, daß diese Ereignisse einen neuen Beweis für die Notwendigkeit der Verstaatlichung der Schiffswerften sei!

„Malygin"-Mannschaft gerettet.

Leningrad ist in Funkverbindung sowohl mit dem bei Spitzbergen gestrandeten Eisbrecher „Malygin" als auch mit dem zu Hilfe geeilten Eisbrecher „Sedow". Die Mannschaft des „Malygin" ist vom „Sedow" übernommen worden, ebenso das wertvolle Material. „Maligyn" hatte bereits in bedrohlicher Menge Wasser im Maschinenraum. Jetzt aber sind die Ausbesserungsarbeiten auf dem gestrandeten Schiff im Gange. Mit Hilfe des „Lenin" (das ist, seinem Namen entsprechend, der größte russische Eisbrecher), der nach Spitzbergen unterwegs ist, hofft man, den „Malygin" wieder flottzumachen.

Otto Braun gegen kommissarische Preußenregierung.

Im Preußischen Landtag fand am Mittwoch eine Sitzung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion statt, an der auch Braun, Severing und Grimme teilnahmen. Braun brachte lebhafte Klagen gegen die bewußt reaktionäre Personalpolitik der kommissarischen Preußenregierung vor und „verlangte" Abberufung der Reichskommissare in Preußen.

Anden-Vulkane in Tätigkeit.

Der Vulkan Lonquimay (600 km südlich Santiago de Chile) und der noch 40 km weiter südlich gelegene Vulkan Llaima in den Anden sind mit neuen Ausbrüchen in Tätigkeit getreten. Vor einiger Zeit wurde über furchtbare Folgen der Anden-Vulkan-Ausbrüche berichtet: Vernichtung der Ernte riesiger Landstriche, die vom Aschenregen überschüttet worden waren; infolgedessen Hungersnot.

Stratosphärenmessungen in Stuttgart.

Unter der Leitung des bekannten Stratosphärenforschers Professor Regener startete am Dienstag vormittag im Hof des Physikalischen Instituts der Technischen Hochschule in Stuttgart ein Stratosphärenballon (zwei zusammengekoppelte Ballone). Die Ballone selber und ihre Ausrüstung haben gegen früher wesentliche Verbesserungen erfahren. Sie landeten am Nachmittag in der Nähe von Münsingen (auf der Schwäbischen Alb). Die Meßinstrumente haben vorzüglich gearbeitet. Es scheint gelungen zu sein, durch die Verlangsamung des Aufstiegs die Stärke der Ultrastrahlungen nicht nur in großen Höhen, sondern gleichmäßig über den ganzen Weg hinauf zu messen. Das war auch der Zweck des neuen Stratosphärenfluges, der wertvolle Ergänzungen zu den bei früheren Aufstiegen gewonnenen Ergebnissen lieferte. Nach einer vorläufigen Schätzung haben die Ballone diesmal eine Höhe von 17000 bis 18000 Metern erreicht.

Wieviel verdient ein Filmstar?

Die Filmschauspielerin Marlene Dietrich ist von der Paramount Filmgesellschaft wegen Kontraktbruches zu 200 000 Dollar Schadenersatz verklagt worden. Das amerikanische Bundesgericht hat daraufhin eine vorläufige Verfügung erlassen, nach der die Schauspielerin für keine andere Gesellschaft filmen darf. Die Paramount-Gesellschaft bringt gegen sie vor, daß sie sich geweigert hätte, an zwei Filmen der Gesellschaft mitzuarbeiten, obwohl sie seit Beendigung des Filmes „Die blonde Venus"

wöchentlich eine Gage von 4000 Dollar also von 16 800 Mark

erhalten habe.

Feinbesohl-Anstalt und Schuhfärberei
HANS SACHS
Berlin SW / Dresdener Straße 111
garantiert für erstklassige Arbeit

Nähmaschinen
Reparaturen / Reinigung
Ersatzteile
gut schnell billig
EUGEN GEHM
Frankfurt a. M.-Niederwalt
Engelsplatz 12

C. Lotze
Göttingen
Johannisstr. 2
Butter
Käse, Eier
Landbrot

Bürobedarfsartikel
Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen
A. H. Timmermann
Hamburg 35, Luisenweg 61 III.

Freunde und Leser des „Funken"!
Unterstützt Eure Zeitung!
Werbt Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!
Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

A. JANISZEWSKI
BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH
druckt *Flugblätter, Zeitungen, Zeitschriften und jede Art Geschäftsdrucksachen*
Berlin SO 36, Elisabethufer 28-29
Telefon: Sammelnr. F 1 Moritzplatz 5471

Groß-Haushaltungen, Gemeinschaften, Landheime, Ferien-Lager, Schulen u. s. w.
erhalten
Reform-Nahrungsmittel
zu Ausnahme-Preisen.
Bitte, Sonder-Liste anfordern!
Frischkost-Reformhaus
Magdeburg
Otto v. Guerickestr. 104.

Oberhemdenstoffe, Tricoline, Flanelle, Oxfords
günstige Posten Maccotuch kauft man gut und billig bei
Kurt Levy, Berlin O112
Scharnweberstr. 16/17.

Maßarbeit erstklassig und billig
Herren-Anzüge. Mäntel. Damen-Kostüme. Aufbügeln und Reparaturen
Alfred Arensberg
Berlin-Reinickendorf-Ost
Hinter der Dorf-Aue 14

Röstkaffee
per Pfund 2,—, 2,40, 2,80, 3,20 Mark.
Lieferung ab 3 Pfund frei Haus.
Nachnahme oder Vorkasse auf Postscheckkonto: Hamburg 71108.
Robert Ziegler. Kaffee-Versand
Hamburg 33 / Heidhörn 42.

Schallplatten sind besser. Hören Sie z. B.:
Furtwängler, Ungarische Tänze Nr. 1 und 3, von Brahms Plattenpreis: 3.25 Mark
Furtwängler, Brandenburgisches Konzert Nr. 3 G-Dur, v. J. S. Bach oder Air aus Suite D-Dur, von J. S. Bach Plattenpreis: je 5.40 Mark
Otto Pfotenhauer, Weimar, Gläserstr. 14.

Warum werfen Sie Ihr Geld weg
für minderwertige Konfektionskleidung?
Sie erhalten bei mir z. B. eine Knickerbockerhose nach Ihren Maßen und genauesten Wünschen, von besserem Stoff und besser verarbeitet, für fast dasselbe Geld.
Rudolf Schönheit
Herren- und Damen-Maßschneiderei
Magdeburg, jetzt Johannisbergstr. 10 III

Krieg den imperialistischen Kriegen!

Vox clamantis.
Betrachtungen über den Krieg und anderes
von Ku Hung-ming.
107 Seiten. Broschiert 1,20 Mark.
Inhalts-Uebersicht: Die christlichen Kirchen und der Krieg. — Die moderne Erziehung und der Krieg. — Die modernen Zeitungen und der Krieg. — Japans Rechtfertigung. — Ehre oder Interessen? — Amerikanische Mentalität. — Stunden mit Konfuzius. — Und anderes.
Zu vielen Fragen, die für einen sozialistischen Kriegsgegner wichtig sind, findet man eine Antwort in diesem Buch des chinesischen Gelehrten und guten Europa-Kenners.

iSK
8. Jahrgang
Januar 1933
HANS LEHNERT: Der Umbau des deutschen Reiches.
HELLMUT RAUSCHENPLAT: Die ökonomischen Forderungen des ISK.
Deng Yen-Da. (Dem Andenken eines chinesischen Revolutionsführers!)
Zum Nachdenken: Die Schwarze Internationale.

DIE KAMERA
BERLIN
Unter den Linden 14 – A 1 Jäger 2987
Seit 4. Januar: Amerika von heute
Heinrich Hauser-Film
Chikago, die Weltstadt in Flegeljahren.
Der Unterweltsfilm
Straßen der Weltstadt
mit Sylvia Sydney u. Gary Cooper.
Anfangszeiten: 15 17. 19 und 21 Uhr

Verlag „Öffentliches Leben", Berlin SW 19, Inselstraße 8a.
Postscheckkonto Berlin 818 42.